



Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen  
Wirtschaft im Frühjahr 1985

Die Lage der Weltwirtschaft .....	207
Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland .....	213

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 17-18/85

Berlin

3. Mai 1985

52. Jahrgang

### Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1985

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft  
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut  
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Berlin am 26. April 1985

### Die Lage der Weltwirtschaft

#### Überblick

Die Expansion in der Weltwirtschaft setzt sich fort. Im Durchschnitt der westlichen Industrieländer nehmen Nachfrage und Produktion seit dem vergangenen Herbst mit einer laufenden Jahresrate von annähernd 3 vH zu. Das Konjunkturgefälle zwischen Nordamerika und Westeuropa ist seit Mitte vergangenen Jahres mit der Abflachung des Aufschwungs in den USA geschwunden. Die Unterschiede im Preisanstieg haben sich vermindert, da der Stabilisierungsprozeß auch in den Ländern vorangekommen ist, die lange Zeit nachhinkten. Die Arbeitslosig-

keit ging in den USA nicht weiter zurück, in Westeuropa stieg sie eher noch leicht an.

War der Aufschwung in der ersten Phase — vor allem in den USA — hauptsächlich von geld- und finanzpolitischen Impulsen getragen worden, so wird er jetzt durch die Besserung der Angebotsbedingungen gestützt. Auch in Westeuropa haben sich die Investitionen verstärkt, in den USA nahmen sie schon 1983/84 kräftig zu. Dazu trug insbesondere bei, daß der Lohnkostenanstieg eingedämmt wurde und sich die Unternehmensgewinne vor allem in den exportorientierten Branchen deutlich erhoh-

**Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise  
in den wichtigsten Industrieländern**

Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr<sup>1</sup>

	Gewicht in vH	Sozial- produkt		Verbraucher- preise	
		1984	1985	1984	1985
Bundesrepublik Deutschland	8,9	2,6	2,5	2,4	2,5
Frankreich	7,1	1,5	1,5	7,3	6
Großbritannien	6,2	2,4	3	5,0	5,5
Italien	4,8	2,4	2,5	10,8	8
Niederlande	1,8	2,0	2	3,3	2,5
Schweiz	1,4	2,5	2,5	2,9	3
Schweden	1,2	3,0	2	8,0	6
Belgien	1,1	2,0	1,5	6,3	5
Österreich	0,9	2,2	3	5,6	3,5
Dänemark	0,8	4,3	2,5	6,3	4,5
Norwegen	0,7	4,3	2,5	6,3	5,5
Westeuropa <sup>2</sup>	34,9	2,4	2,3	5,7	5,0
USA	45,1	6,8	3	4,3	4
Japan	15,7	5,8	4,5	2,2	2,5
Kanada	4,3	4,7	3	4,3	4
Insgesamt <sup>2</sup>	100,0	5,0	3	4,4	4,0
Nachrichtlich: Insgesamt <sup>3</sup>		2,8	2,3	5,9	5,0

<sup>1</sup> Veränderungsdaten für 1985 geschätzt und für die einzelnen Länder auf halbe Prozentpunkte gerundet.

<sup>2</sup> Summe der aufgeführten Länder; Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1983.

<sup>3</sup> Gewichtet nach Anteilen der deutschen Ausfuhr 1983.

ten. Der Wohnungsbau geht dagegen in den meisten Ländern zurück, und der private Konsum erhöht sich nur recht verhalten. Neben den hohen Kreditkosten wirken sich nicht nur die Stagnation der Beschäftigung, sondern auch die Eindämmung des Lohnauftriebs und Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen aus, die das verfügbare Einkommen nur schwach steigen ließen.

Nach den Industrieländern hat auch die Gruppe der Entwicklungsländer (ohne OPEC) den Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung durchschritten. Ihr reales Bruttosozialprodukt wächst — bei großen Unterschieden von Land zu Land — gegenwärtig in ähnlichem Maße wie das der Industrieländer. Die Einfuhr konnte wieder erhöht werden, nachdem die akute Zahlungsbilanzkrise mit der deutlichen Abnahme der Leistungsbilanzdefizite und den Fortschritten bei der Umschuldung entschärft worden war. Mit dem seit Herbst langsameren Anstieg der Importnachfrage seitens der Industrieländer wird indes die außenwirtschaftliche Konsolidierung in den Entwicklungsländern schwieriger.

Ein wichtiger Unsicherheitsfaktor für die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung ist die Bewegung des Dollarkurses. Mit seinem nochmaligen Höhenflug in den ersten Monaten dieses Jahres stieg sein Außenwert auf ein

Niveau, das die Anpassungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft immer mehr überforderte. Vieles spricht denn auch dafür, daß die nachfolgende Rückbildung des Dollarkurses eine nicht nur vorübergehende Erscheinung ist, zumal in den USA die Konsolidierungsprobleme bei den Staatsfinanzen nur sehr zögernd einer Lösung nähergebracht werden und die Spannungen im Bankensystem latent bleiben. Die amerikanische Zentralbank, die die Geldmenge seit Ende 1984 stärker als angekündigt ausweitet, befindet sich unter diesen Umständen auf einer Gratwanderung: Ein niedrigerer Dollarkurs würde die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft stützen. Jedoch riskierte die Zentralbank bei einer weiterhin raschen Geldmengenexpansion, daß der Dollar unter anhaltenden Abwertungsdruck geriete und die erreichte Preisstabilisierung gefährdet würde. Aus diesem Grunde ist es wahrscheinlich, daß die amerikanische Zentralbank die monetäre Expansion allmählich wieder bremst.

Die Abschwächung des Dollars dürfte in Japan und in Westeuropa Erwartungen auf Zinssenkungen stärken. Die meisten Zentralbanken werden vermutlich Spielraum für eine etwas raschere Geldmengenausweitung sehen. Im Europäischen Währungssystem wird es voraussichtlich zu einer Neuordnung der Leitkurse kommen, da in den letzten beiden Jahren Preis- und Kostenunterschiede aufgelaufen sind und das Realignment bisher im Schatten des starken Dollars unterblieben ist. Die Finanzpolitik hält in Japan und in Westeuropa grundsätzlich an der Konsolidierung fest, verschiedentlich sind jedoch Steuererleichterungen und wieder etwas höhere Investitionen geplant.

Insgesamt lassen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in den Industrieländern erwarten, daß sich die Aufwärtstendenz im weiteren Verlauf des Jahres 1985 in wenig verändertem Tempo fortsetzt; voraussichtlich wird sie in den USA, vor allem aber in Japan stärker als in Westeuropa sein. In fast allen Industrieländern nehmen die gewerblichen Investitionen spürbar zu. Der private Verbrauch und die Nachfrage des Staates werden indes — außer in den USA — nur recht langsam steigen. Nicht zuletzt wegen der immer noch relativ hohen Bewertung des Dollars gehen weiterhin spürbare Anregungen von den USA auf die übrige Welt aus, allerdings nicht mehr in dem Maße wie bis zum Herbst. Dabei ist unterstellt, daß sich die protektionistischen Bestrebungen in den USA mit dem Schwächerwerden des Dollars nicht durchsetzen.

Die Einschätzung sowohl des Kurses der Wirtschaftspolitik als auch ihrer Wirkungen in den USA und den anderen Industrieländern ist nicht zuletzt deshalb mit hoher Unsicherheit behaftet, weil sich konjunkturelle Prozesse und tiefgreifende strukturelle Anpassungen überlagern. Dies ist auch eine wichtige Ursache für die Unkalkulierbarkeit der Dollarkursentwicklung. Weder kann eine erneute Aufwertung des Dollars von vornherein ausgeschlossen werden noch eine solche Talfahrt, die die

Gefahr von Friktionen namentlich durch geldpolitische Restriktionen in den USA heraufbeschwören würde. Das Vertrauen in die wirtschaftspolitische Strategie der USA, das entscheidend zum Höhenflug des Dollars beitrug, dürfte nicht schlagartig schwinden, und deshalb ist eine weitere starke Abwertung des Dollars wenig wahrscheinlich. Bei einer solchen Entwicklung verbessern sich die Voraussetzungen dafür, daß die Industrieländer eine potentialgerechte Wirtschaftspolitik verfolgen und es bei der tendenziellen Verbesserung der Angebotsbedingungen schließlich auch in Westeuropa zu einer allmählichen Verstärkung der wirtschaftlichen Dynamik kommt. Für eine durchgreifende wirtschaftliche Besserung, die die Beschäftigungsprobleme löst, fehlt es aber noch an wichtigen Voraussetzungen.

### Abgeschwächter Aufschwung in den USA

In den USA hat sich das Aufschwungstempo nach der Jahresmitte 1984 deutlich verlangsamt. War die gesamtwirtschaftliche Produktion bis dahin mit einer Jahresrate von 7 vH gestiegen, hat sie in der nachfolgenden Abschwächungsphase nur noch um etwa 2½ vH zugenommen. Die geld- und finanzpolitischen Impulse, die 1983/84 die Konjunktur stimuliert hatten, sind geringer geworden. Wegen des hohen Dollarkurses erhöhte sich die Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Anbieter so stark, daß ein erheblicher Teil der Nachfrage nicht den amerikanischen Produzenten zugute kam. Aufträge und Produktion in der Industrie stagnieren seit dem Sommer 1984.

Bei dieser konjunkturellen Verlangsamung hat die Zahl der Erwerbstätigen immer noch mit einer Jahresrate von rund 2 vH zugenommen, etwa halb so stark wie in der ersten Phase des Aufschwungs. Allerdings ist dabei die Arbeitslosigkeit nicht weiter abgebaut worden, die Arbeitslosenquote verharrt bei reichlich 7 vH. Der Preisanstieg blieb nach wie vor gedämpft, insbesondere weil sich der Wettbewerbsdruck aus dem Ausland noch verschärfte; die Verbraucherpreise stiegen im Winterhalbjahr mit einer Jahresrate von 3½ vH.

Die Investitionsdynamik, die in der Anfangsphase des Aufschwungs nicht zuletzt wegen massiver Abschreibungserleichterungen besonders ausgeprägt war — die laufende Jahresrate betrug bei den Ausrüstungsinvestitionen 20 vH —, hat sich abgeschwächt. Die Gewinne der Unternehmen sind nach dem zuvor kräftigen Anstieg im zweiten Halbjahr 1984 leicht zurückgegangen. Einmal war der Spielraum für Preisanhebungen aufgrund der starken ausländischen Konkurrenz sehr eng; die Erzeugerpreise blieben seit einem Jahr nahezu unverändert. Zum anderen hat sich der Kostenauftrieb wieder etwas verstärkt. Zwar stiegen die Löhne weiterhin sehr moderat, doch schwächte sich der Produktivitätsanstieg nach der Jahresmitte merklich ab. Auch die Absatzerwartungen dürften nicht mehr so günstig gewesen sein, so daß sich

das Gewicht der immer noch sehr hohen Realzinsen im Entscheidungskalkül der Unternehmer erhöht hat. All dies schlug sich wahrscheinlich in den Planungen für dieses Jahr nieder, die nach dem Investitionsschub eine wieder mäßigere Zunahme der Investitionen vorsehen. Der Anstieg des privaten Verbrauchs schwächte sich ebenfalls deutlich ab, da die realen verfügbaren Einkommen infolge der langsameren Zunahme der Beschäftigung weniger kräftig stiegen als zuvor; die Sparquote blieb mit etwa 6 vH nahezu unverändert.

Mit dem Nachlassen der internen Auftriebskräfte verringerten sich auch die Impulse für die übrige Welt; seit dem Herbst 1984 hat die Dynamik der Einfuhr erheblich abgenommen. Die Ausfuhr der USA stieg weiterhin nur mäßig, da die konjunkturelle Expansion in den Partnerländern insgesamt verhalten blieb und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Anbieter wegen des hohen Dollarkurses relativ ungünstig ist. Das Defizit der Handelsbilanz hat sich daher bis zuletzt — wenn auch in verlangsamtem Tempo — erhöht. Das Leistungsbilanzdefizit betrug im letzten Jahr 100 Mrd. \$, und 1985 dürfte es — auch bei der jetzt langsameren Zunahme der inländischen Nachfrage — nochmals leicht steigen.

Nach der schwachen monetären Expansion bis zum Herbst 1984 ist die Geldmenge im Winterhalbjahr wieder sehr kräftig gestiegen. War die Zielvorgabe für das vergangene Jahr noch eingehalten worden, ging die Geldmenge  $M_1$  zuletzt deutlich über den für 1985 vorgesehenen Korridor (4 bis 7 vH) hinaus. Die expansivere Geldpolitik war offenbar eine Reaktion auf die unerwartet starke Verlangsamung des Konjunkturanstiegs und die nochmalige Aufwertung des Dollars, zumal bei dieser Entwicklung Inflationsgefahren gering eingeschätzt wurden. Nicht zuletzt dürften die Schwierigkeiten einiger Banken für die Zentralbank Anlaß gewesen sein, die Geldmenge stärker auszuweiten. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß die Geldpolitik weiterhin so expansiv bleiben wird, denn die Notenbank würde dadurch ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen und vermutlich neue Inflationsbefürchtungen hervorrufen. Es ist zu erwarten, daß die Geldmenge allmählich in den Zielkorridor zurückgeführt wird.

Im Bundeshaushalt zeichnet sich ein deutlicher Anstieg des Defizits ab, da die Ausgaben nach wie vor sehr kräftig zunehmen, während sich die Erhöhung der Einnahmen mit der konjunkturellen Abschwächung verringert. Der Fehlbetrag, der im Fiskaljahr 1983/84 rd. 185 Mrd. \$ betrug, wird auf etwa 220 Mrd. \$ steigen; dies entspricht einem Anteil von 5½ vH des Sozialprodukts. Die Reaktion der politischen Instanzen auf diese Entwicklung ist aber immer noch ungewiß. Zwar liegt inzwischen ein Haushaltsentwurf für das kommende Fiskaljahr vor, der gegenüber den ursprünglichen Plänen kräftige Einschränkungen sowohl bei den Sozial- als auch bei den Verteidigungsausgaben vorsieht. Es ist jedoch fraglich, ob diese Vorschläge eine Mehrheit finden. Unklar ist fer-

ner, wann und in welcher Form die von der Regierung angestrebte grundlegende Steuerreform durchgeführt wird, mit der die Steuersätze gesenkt, die Steuervergünstigungen aber abgebaut werden sollen. Hier wird unterstellt, daß Korrekturen in der Finanzpolitik im laufenden Jahr kaum noch wirksam werden.

Nicht zuletzt wegen der geldpolitischen Impulse seit dem letzten Herbst dürfte sich die konjunkturelle Expansion in den USA wieder etwas verstärken. Das reale Bruttosozialprodukt wird sich in diesem Jahr wahrscheinlich um 3 vH erhöhen. Damit nimmt die Produktion in einem Tempo zu, das etwa dem Potentialwachstum entspricht. Der Preisauftrieb wird sich im Jahresverlauf wieder leicht beschleunigen; zwar bleibt der Lohnanstieg wohl weiterhin moderat, die Entlastung von seiten der Importpreise wird nach der Umkehr der Dollarkursentwicklung jedoch fortfallen. Im Jahresdurchschnitt werden die Verbraucherpreise um etwa 4 vH höher sein als 1984.

### **Kräftiger Aufschwung in Japan**

Die japanische Wirtschaft expandierte im vergangenen Jahr kräftig; das reale Bruttosozialprodukt stieg im Jahresdurchschnitt um 5,8 vH. Der Aufschwung verlor allerdings nach der Jahresmitte 1984, als die Exporte insbesondere in die USA nicht mehr so stark stiegen, etwas an Tempo. Verstärkt trugen nunmehr die gewerblichen Investitionen zur konjunkturellen Expansion bei. Auch der Wohnungsbau belebte sich nach der Jahresmitte deutlich. Da die Beschäftigung trotz der kräftigen Produktionsausweitung wenig zunahm und Löhne und Gehälter nur mäßig stiegen, erhöhten sich die verfügbaren Einkommen und damit auch der private Verbrauch lediglich verhalten. Die Verbraucherpreise stiegen weiterhin langsam.

Im Jahre 1985 werden die außenwirtschaftlichen Impulse geringer sein als im Vorjahr; wegen der hohen Wettbewerbsfähigkeit japanischer Anbieter werden die Exporte aber weiterhin spürbar zunehmen. Mehr als bisher wird die konjunkturelle Expansion von der Inlandsnachfrage getragen. Zwar gehen von der Finanzpolitik eher kontraktive Wirkungen aus; denn die Konsolidierung der Staatsfinanzen wird weitergeführt. Die Geldpolitik dürfte dagegen im Zusammenhang mit der Dollarschwächung gelockert werden. Da sich für das laufende Jahr nur wenig höhere Lohnabschlüsse als im vergangenen Jahr abzeichnen, bleiben die Ertragsaussichten der Unternehmen relativ günstig. Die gewerblichen Anlageinvestitionen werden voraussichtlich weiterhin kräftig steigen. Die verfügbaren Einkommen werden vermutlich etwas rascher als bisher expandieren. Der Anstieg des privaten Konsums wird sich daher, auch unterstützt durch eine eher wieder abnehmende Sparneigung, leicht beschleunigen.

Die insgesamt stärkere Zunahme der Inlandsnachfrage wird aber die Verlangsamung des Exportanstiegs nicht

kompensieren. Der Aufschwung dürfte sich daher etwas abflachen. Im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttosozialprodukt 1985 voraussichtlich um etwa 4½ vH zunehmen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird mit 2½ vH nicht nennenswert größer sein als im Vorjahr. Bei der leichten konjunkturellen Verlangsamung wird sich auch die Zunahme der Einfuhr verringern; der Leistungsbilanzüberschuß wird 1985 noch größer als im Vorjahr sein, als er 35 Mrd. US-Dollar betrug.

### **Verhaltene Konjunkturerholung in Westeuropa**

Die konjunkturelle Erholung setzte sich in Westeuropa im Winterhalbjahr fort. Das Expansionstempo blieb aber mäßig. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nicht nennenswert verändert; die Arbeitslosigkeit nahm eher noch zu. Die Verlangsamung des Preisauftriebs wurde zu Beginn dieses Jahres infolge des strengen Winters und des starken Anstiegs des Dollarkurses unterbrochen.

Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen in den meisten europäischen Ländern wieder merklich, vor allem weil sich die Ertragslage in vielen Branchen spürbar verbesserte. Dabei lag der Schwerpunkt auf Modernisierungsinvestitionen. Mehr als die gewerblichen Investitionen wurde der Wohnungsbau von den hohen Realzinsen betroffen; er ging zumeist weiter zurück, zumal auch die Einkommensaussichten gedämpft blieben. Die öffentlichen Investitionen sanken anscheinend nicht mehr so rasch wie zuvor.

Der private Verbrauch stieg weiterhin sehr verhalten und damit nach wie vor erheblich langsamer als die Gesamtnachfrage. Die verfügbaren Einkommen erhöhten sich real nur wenig, insbesondere weil Arbeitsvolumen und Reallöhne sich insgesamt kaum veränderten. Die Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte, die den Anstieg des Verbrauchs in den letzten Jahren verschiedentlich gestützt hatte, hat nur noch wenig zugenommen.

Die Ausfuhr der westeuropäischen Länder hat insgesamt etwas an Dynamik verloren. Von Land zu Land ergaben sich erhebliche Unterschiede. So erhöhten sich die Exporte Frankreichs und Italiens im Winterhalbjahr nur noch wenig, während die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien ihre Ausfuhr erheblich steigerten. Besonders ausgeprägt expandierte die Ausfuhr von Investitionsgütern; demgegenüber stieg der Export von Konsumgütern und Vorprodukten langsamer. Überdurchschnittlich erhöhten sich wiederum die Lieferungen nach Nordamerika. Die Ausfuhr in die OPEC-Länder ist wohl noch zurückgegangen; die verhaltene Erholung der Exporte in die übrigen Entwicklungsländer und in die Staatshandelsländer hielt an. Die Expansion des inner-europäischen Warenaustauschs setzte sich zügig fort. Die zusammengefaßte Leistungsbilanz der westeuropäischen Industrieländer hat sich, trotz etwas verschlechterter Terms of Trade, weiter aktiviert.

Der Produktionsanstieg war in den meisten Ländern weiterhin nicht stark genug, um die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern. Zwar nahm die Zahl der Beschäftigten wohl etwas zu, und die Kurzarbeit wurde verschiedentlich deutlich abgebaut. Die Zahl der offenen Stellen hat sich fast überall wieder leicht erhöht. Die Arbeitslosigkeit ist aber eher gestiegen, weil die Zahl der Erwerbspersonen, vor allem demographisch bedingt, noch zunimmt. In Frankreich hat sich die Arbeitslosigkeit wegen der anhaltenden Produktionsschwäche sogar spürbar erhöht; hier wie in Großbritannien wurden zusätzliche Maßnahmen vor allem zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ergriffen.

Der Preisauftrieb hat sich in den letzten Monaten nicht mehr verlangsamt. Ausschlaggebend hierfür waren die ungünstigen Witterungseinflüsse und die Verteuerung der Einfuhr von Erdöl, die sich in dieser Zeit aus der starken Abwertung der westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar ergab. Die Stabilisierungstendenzen dürften jedoch nur kurzzeitig unterbrochen worden sein, auch weil der Dollarkurs inzwischen wieder deutlich gesunken ist. Vor allem aber blieben die inländischen Bedingungen für eine weitere Dämpfung des Preisauftriebs günstig. Aufgrund der seit längerer Zeit betriebenen Stabilisierungspolitik haben sich die Inflationserwartungen in den meisten Ländern merklich verringert. Dies wirkte sich auch auf die Lohnvereinbarungen aus. Flankiert wurde die Stabilisierungspolitik verschiedentlich durch weitere einkommenspolitische Maßnahmen. Insbesondere in Italien und Frankreich gelang so eine deutliche Dämpfung des Lohnanstiegs; in noch engeren Grenzen wurde er in den Niederlanden, Belgien und Dänemark gehalten. Die Reallöhne erhöhten sich lediglich in Großbritannien nennenswert.

Die Notenbanken werden vermutlich nach dem Sinken des Dollarkurses Spielraum für Zinssenkungen sehen. Zu einer forcierten Expansionspolitik wird es aber wohl nicht kommen, schon weil der Dollarkurs nicht weiter in so starkem Maße zurückgehen dürfte wie in den letzten Wochen und weil die meisten Notenbanken bemüht sein werden, keine neuen Inflationsgefahren aufkommen zu lassen.

Die Finanzpolitik gibt in den meisten Ländern der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nach wie vor Priorität. Die Haushaltsplanungen sind in der Regel darauf ausgerichtet, die Budgetdefizite vor allem durch Dämpfung des Ausgabenanstiegs zu begrenzen und die generell sehr hohe Staatsquote zu verringern. Zugleich wird in einigen Ländern eine Förderung von Investitionen und Wachstum durch eine Entlastung der Unternehmen von Steuern und Abgaben angestrebt.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden die bisherigen Tendenzen der Nachfrageentwicklung anhalten. Überdurchschnittlich werden weiterhin die Investitionen steigen. Privater und öffentlicher Verbrauch werden demgegenüber nur verhalten zunehmen. Die Ausfuhr der

westeuropäischen Länder wird etwas langsamer steigen, vor allem, weil die Nachfrageimpulse aus den USA schwächer sind; der innereuropäische Warenaustausch wird weiterhin zügig expandieren.

Für Westeuropa ist 1985 eine konjunkturelle Expansion in wenig verändertem Tempo zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttosozialprodukt um annähernd 2,5 vH steigen. Die Arbeitsmarktlage wird sich dabei nicht fühlbar verbessern. Der Preisanstieg dürfte sich noch etwas verlangsamen; im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg der Verbraucherpreise bei 5 vH liegen.

### **Rohstoffpreise bleiben gedrückt**

Der Verbrauch von Industrierohstoffen hat infolge der Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion in den USA verlangsamt zugenommen. Die Nachfrage war auch deshalb schwach, weil die Verarbeiter wegen der etwas weniger günstigen Konjunkturerwartungen und der anhaltend hohen Finanzierungskosten eine zurückhaltende Vorratspolitik verfolgten. Das Angebot an Industrierohstoffen war — von wenigen Ausnahmen abgesehen — nach wie vor reichlich. Auf Dollarbasis ermäßigte sich das Preisniveau im Laufe des Winterhalbjahrs 1984/85 um rd. 5 vH; gerechnet in den Währungen der westeuropäischen Länder ergab sich im Durchschnitt ein leichter Anstieg. Heftige Preisbewegungen in den letzten Monaten standen hauptsächlich im Zusammenhang mit den Veränderungen der Kursrelation zwischen dem US-Dollar und dem Pfund Sterling.

Bei der verhaltenen konjunkturellen Aufwärtsbewegung in den westlichen Industrieländern wird der Verbrauch von Industrierohstoffen weiterhin nur mäßig zunehmen. Auch dürften die Verarbeiter in vielen Ländern außerhalb des Dollarraumes in Erwartung einer weitergehenden Abwertung des Dollars bestrebt sein, die Vorräte niedrig zu halten. Das Rohstoffangebot wird infolge höherer Produktion und teilweise noch erheblicher Bestände der Erzeuger sowie des Handels elastisch bleiben. Insgesamt wird sich das Preisniveau auf den Industrierohstoffmärkten, von kurzfristigen Wechselkurseinflüssen auf die Rohstoffnotierungen abgesehen, voraussichtlich wenig ändern.

Auf dem Weltmarkt für Erdöl hat sich an der Situation eines Überangebots auch nach der Senkung der Exportpreise durch die OPEC und der von diesen Ländern vereinbarten weiteren Beschränkung der Förderung wenig geändert. Offensichtlich ist der Ölverbrauch in den Industrieländern im ersten Quartal 1985 im Vorjahresvergleich erneut gesunken. Die Preise auf den Spotmärkten konnten sich daher bis zuletzt nur knapp behaupten. Der Ölbedarf wird im weiteren Verlauf dieses Jahres wohl nicht nennenswert zunehmen. In vielen Importländern dürften die Ölvorräte nicht zuletzt deshalb niedrig gehalten werden, weil größere Verluste bei einem möglichen

weiteren Rückgang der Dollarkurse vermieden werden sollen. Andererseits ist damit zu rechnen, daß die OPEC-Länder die vereinbarten Förderquoten vollständig ausschöpfen werden und andere Erzeuger weiterhin eine Produktionssteigerung anstreben. Die Ölpreise werden daher in der nächsten Zeit eher nachgeben.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel hat die Baisse im Winterhalbjahr allgemein angehalten. Erst seit Mitte März steigen die Notierungen für Weizen, Mais, Sojabohnen, Kaffee und Kakao auf den wichtigen nordamerikanischen Märkten im Zusammenhang mit der Abwertung des Dollars. An der fundamentalen Lage hat sich bei den meisten Erzeugnissen indes wenig geändert. Nach den bisher vorliegenden Anzeichen dürfte die Produktion von Nahrungs- und Genußmitteln in der Saison 1985/86 weiter erhöht bzw. auf dem Niveau von 1984/85 gehalten werden, so daß — bei überwiegend hohen Vorräten in den Exportländern — die Versorgungslage günstig bleiben wird. Bei dieser Entwicklung werden die Preise für Nahrungs- und Genußmittel im weiteren Verlauf dieses Jahres wohl erneut unter Druck geraten.

#### **Weiterhin spürbarer Anstieg des Welthandels**

Der Welthandel nahm 1984 im Jahresdurchschnitt um 8 bis 9 vH zu. Im Verlauf des Jahres ließ das Tempo

jedoch infolge der Verlangsamung des Aufschwungs in den USA und allgemein schwächerer lagerzyklischer Impulse nach. Gegen Jahresende spielte die Zurückhaltung bei Erdölbezügen in Erwartung von Preisermäßigungen eine Rolle. Die Einfuhr der Erdölexportländer scheint eher weiter eingeschränkt worden zu sein. Demgegenüber nahmen die Importe der übrigen Entwicklungsländer offenbar in mäßigem Tempo zu.

Im laufenden Jahr wird der Welthandel vor allem von der anhaltenden Zunahme der Nachfrage in den Industrieländern Impulse erhalten. Die Anregungen werden insbesondere aufgrund der ruhigeren Expansion in den USA schwächer als in der ersten Phase des Aufschwungs sein. In Westeuropa dürften sich die lagerzyklischen Anstöße verringern; die Einfuhr von Investitionsgütern wird jedoch deutlich zunehmen. Die nicht-ölexportierenden Entwicklungsländer werden ihre Importe weiterhin nur in mäßigem Tempo erhöhen, da ihre Verschuldungsprobleme nach wie vor drückend sind. Aufgrund der ungünstigen Exportaussichten werden die Erdölexportländer ihre Einfuhren wohl noch nicht wieder nennenswert steigern. Insgesamt wird das Welthandelsvolumen im Jahresdurchschnitt 1985 voraussichtlich um etwa 5 vH zunehmen.

## Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik war die wirtschaftliche Entwicklung in der Grundtendenz bis zuletzt aufwärts gerichtet. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wurde wie schon zuvor von der Nachfrage aus dem Ausland geprägt; die Inlandsnachfrage nahm dagegen nur wenig zu. Die Stärke der Auslandsnachfrage ist nicht nur durch die Verbesserung der Weltkonjunktur bedingt, sondern auch durch die reale Abwertung der D-Mark, mit der sich Waren und Dienste aus der Bundesrepublik für das Ausland erheblich verbilligten. Die Schwäche der Nachfrage aus dem Inland liegt nicht zuletzt darin begründet, daß die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen noch nicht so weit verbessert sind, daß sich die Unternehmen in der Lage sehen, eine hinreichend große Zahl von rentablen Arbeitsplätzen zu schaffen.

### Geldversorgung zielgerecht

Von der Geldpolitik gingen keine Störungen aus; die Zentralbankgeldmenge nahm vielmehr in wachstums- und stabilisierungsgerechtem Ausmaß zu. Die Zinsen, die von August an gesunken waren, sind jedoch nach der Jahreswende merklich gestiegen. Den Ausschlag dafür gab die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten. Als in den USA der Zinsrückgang von einem Anstieg abgelöst wurde und sich der Höhenflug des Dollars verstärkte, hielten sich die Anleger auf dem inländischen Kapitalmarkt zurück. Hierzu trug offenbar bei, daß die Bundesbank wiederholt die Sorge geäußert hatte, die mit der Dollarhausse verbundene Verteuerung der Einfuhr werde die Stabilisierung in der Bundesrepublik gefährden, und sie die Erwartung weckte, sie werde dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Im Februar erhöhte sie den Lombardsatz von 5,5 auf 6% und hob die Sätze für Wertpapierpensionsgeschäfte an. Als der Dollar an Wert verlor — von Mitte März bis Mitte April sank er von 3,47 DM auf rund 3 DM —, gaben die Zinsen auf dem Kapitalmarkt wieder nach, und zwar fast ebenso stark, wie sie zuvor gestiegen waren.

### Sondereinflüsse verzerrten Entwicklung der Produktion

Die Stärke der wirtschaftlichen Erholung läßt sich für das Winterhalbjahr, wie schon für die davor liegende Zeit, nicht eindeutig bestimmen. Sondereinflüsse haben die Entwicklung abermals verzerrt, und zwar gegen Ende des vergangenen Jahres nach oben und Anfang des laufenden Jahres nach unten. Die Überhöhung der Produktion am Jahresende ergab sich zum Teil durch das Aufholen von streik- und aussperrungsbedingten Ausfällen in der Industrie sowie durch das Ablaufende der Frist für die Investitionszulage für gewerbliche Bauten. Die Beein-

trächtigung zu Jahresbeginn ist dem außergewöhnlich strengen Winter wie auch der Verunsicherung potentieller Käufer über die steuerliche Regelung bei der Einführung abgasarmer Kraftfahrzeuge zuzurechnen. Im Zeitraum von der Jahreswende 1983/84 bis zur Jahreswende 1984/85 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion um etwa 2½ vH gestiegen sein.

### Noch keine Zunahme der Beschäftigung

Die Zahl der Beschäftigten nahm im Winterhalbjahr kaum zu. Gegen Ende des vergangenen Jahres hatte sie sich zwar leicht erhöht, zum Teil aufgrund der steigenden Zahl von Auszubildenden sowie des verstärkten Einsatzes von staatlichen Mitteln für Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung; Anfang des laufenden Jahres ging sie aber — vor allem witterungsbedingt — zurück.

In einigen Zweigen des Investitionsgütergewerbes erhöhte sich die Beschäftigtenzahl seit einem Jahr beachtlich; im verarbeitenden Gewerbe insgesamt war sie im Februar um 0,7 vH höher als vor einem Jahr. Im Baugewerbe sank sie dagegen erheblich.

Die Zahl der Arbeitslosen verharrt saisonbereinigt auf dem hohen Stand von 2¼ Millionen. Die Fluktuation ist dabei nach wie vor hoch; die Zahl der Zugänge und der Abgänge betrug im Jahre 1984 jeweils reichlich 3½ Millionen.

### Anhaltend kräftiger Anstieg der Ausfuhr

Die Ausfuhr von Waren steigt seit zwei Jahren kräftig an. Die Verlangsamung in den ersten Monaten des laufenden Jahres war nur ein Reflex auf die vorangegangene, durch das Nachholen von ausgefallenen Lieferungen bedingte, Überhöhung. Die Aufträge aus dem Ausland nahmen bis zuletzt kräftig zu, vor allem die aus jenen Ländern, gegenüber deren Währungen sich die D-Mark stark abwertete. Nicht zuletzt aus diesem Grunde stiegen die Ausfuhren in die USA besonders rasch — im Durchschnitt des vergangenen Jahres erhöhen sie sich um nicht weniger als 40 vH. Bevorzugt nachgefragt wurden wie schon vorher Investitionsgüter. Die Lieferungen von Grundstoffen und Produktionsgütern sowie von Verbrauchsgütern haben sich dagegen nur noch wenig oder gar nicht erhöht. Die Exporteure nutzten die reale Abwertung der D-Mark nicht allein zur Ausweitung ihres Absatzes, sondern auch zur Aufbesserung ihrer Gewinnmargen. Die Ausfuhrpreise (Durchschnittswerte) sind im Winterhalbjahr mit einer laufenden Rate von 5 vH gestiegen, also deutlich stärker als die Erzeugerpreise im Inlandsabsatz.

### **Hoher Überschuß der Handelsbilanz**

Der Anstieg der Einfuhr, der bis weit in das Jahr 1984 hinein sehr verhalten war, hat sich um die Jahreswende beschleunigt. Die Verstärkung ergab sich, bei unverändert rascher Zunahme der Importe von Investitionsgütern, aufgrund des Anstiegs der Bezüge von industriellen Vorprodukten, die zuvor gesunken waren. Hinzu kam steigender Bedarf an Heizöl und Erdgas aufgrund des strengen Winters. Mit der beschleunigten Zunahme der Wareneinfuhr ist der Überschuß im Warenhandel real nicht mehr gestiegen; er verharrte auf dem zum Jahresende erreichten sehr hohen Niveau. In nominaler Rechnung ging der Überschuß in der Handelsbilanz wegen der Verschlechterung der Terms of Trade — die Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) haben sich im Winterhalbjahr mit einer laufenden Jahresrate von 8 vH erhöht — deutlich zurück.

### **Mäßiger Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen**

Die Ausrüstungsinvestitionen steigen nun schon seit mehr als zwei Jahren, allerdings unter starken Schwankungen. Zum Jahresende 1983 waren sie durch die Investitionszulage nach oben getrieben worden, Anfang des vergangenen Jahres gingen sie deshalb zurück; unter dem Einfluß der Arbeitskämpfe im Frühsommer sanken sie weiter. Danach nahmen sie ebenso rasch zu, wie sie vorher gefallen waren. Zum Jahresende 1984 war das Niveau der Investitionen wiederum überhöht, weil arbeitskampfbedingte Ausfälle aufgeholt wurden. Deshalb dürften die Ausrüstungsinvestitionen zu Jahresbeginn 1985 nicht weiter gestiegen sein; möglicherweise sind sie sogar zurückgegangen. Daß sich der Investitionsaufschwung bisher nicht durchgreifend verstärkt hat — seit Beginn der Erholung nehmen die Ausrüstungsinvestitionen mit einer laufenden Jahresrate von 5 vH zu —, liegt auch daran, daß er viele Bereiche außerhalb des verarbeitenden Gewerbes nicht erfaßt hat.

Trotz der wechselkursbedingten Verteuerung hat sich der Anteil der importierten Güter an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen weiter erhöht. Offenbar nimmt der intra-industrielle Austausch über die Grenzen hinweg in raschem Tempo zu.

### **Baukonjunktur verschlechtert**

Auf dem Baumarkt hat sich die Lage weiter verschlechtert. Im Wohnungsbau nehmen die Aufträge schon seit fast zwei Jahren ab. Hier sind die Auftragsbestände auf ein zuvor nicht erreichtes Niveau gesunken. Im öffentlichen Bau wurde der Anstieg der Aufträge im Winterhalbjahr abrupt unterbrochen. Hierbei handelt es sich vermutlich aber nur um Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe; jedenfalls ist in den Haushaltsplanungen ein weite-

rer Anstieg vorgesehen. Vergleichsweise günstig ist nach wie vor die Auftragslage im Wirtschaftsbaubau.

Die Bautätigkeit, die schon Mitte des letzten Jahres zurückgegangen war, nahm gegen Jahresende nochmals zu, dies aber nur, weil für gewerbliche Bauten die Fertigstellungsfrist für die Inanspruchnahme der Investitionszulage abließ und die Witterung die Bautätigkeit in allen Bereichen nur wenig behinderte. Zu Jahresbeginn führte der strenge Winter zu einem tiefen Einbruch bei der Produktion, mit dem die konjunkturelle Grundtendenz unterzeichnet wurde. Die Baupreise blieben im Winterhalbjahr unverändert; sie waren zuletzt nur um 1 vH höher als vor einem Jahr.

### **Nach wie vor schwache Zunahme des Verbrauchs**

Der private Verbrauch nahm — ebenso wie das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte — nur wenig zu. Zwar wurden im vierten Quartal mehr Überstunden geleistet, weil die arbeitskampfbedingten Ausfälle aufgeholt wurden, und wurden im öffentlichen Dienst die Bezüge erhöht. Dem stand aber gegenüber, daß nun jene Sonderzahlungen fehlten, die schon in den ersten Monaten des Jahres 1984 ausbezahlt worden waren, damit sie nicht verstärkt von der Sozialversicherungspflicht erfaßt wurden. Anfang dieses Jahres führte die witterungsbedingte Beeinträchtigung der Beschäftigung zu hohen Einkommensausfällen; sie wurden durch die vermehrten Zahlungen von Arbeitslosen- und Schlechtwettergeld nicht ausgeglichen. Überdies wurde die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die vorübergehende Verstärkung des Preisanstiegs geschmälert.

Zu alledem hat das Hin und Her um die steuerliche Behandlung von Kraftfahrzeugen im Zusammenhang mit der angestrebten Verringerung schädlicher Abgase viele Haushalte veranlaßt, den Kauf eines neuen Fahrzeugs hinauszuschieben. Im ersten Quartal wurden — saisonbereinigt — schätzungsweise 100 000 Personenkraftwagen weniger gekauft als im Vorquartal. Dies entspricht einem Betrag von rund 2 Mrd. DM, d.h. 1 vH des privaten Verbrauchs.

### **Vorübergehende Verstärkung des Preisauftriebs**

Die Verteuerung der Lebenshaltung hat sich wieder etwas beschleunigt. Die laufende Jahresrate, die sich bis zum Herbst vergangenen Jahres — auch unter der Gunst reichlicher Ernten und eines Überangebots an Rohöl und Mineralölerzeugnissen — bis auf 1 vH abgeschwächt hatte, nahm in den ersten Monaten dieses Jahres auf etwa 4 vH zu. Dies war nicht auf konjunkturelle Gründe zurückzuführen, sondern vor allem auf den Höhenflug des Dollars und auf witterungsbedingte Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln und Brennstoffen, also auf vorüber-

gehende Einflüsse. Hinzu kamen Erhöhungen von Tarifen in der Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge und im öffentlichen Nahverkehr sowie von anderen administrierten Preisen.

### Verlangsamung des Abbaus staatlicher Defizite

Erklärtes Ziel der Finanzpolitik blieb es, die Neuverschuldung des Staates zu verringern. Obwohl im allgemeinen versucht wurde, den Anstieg der Ausgaben weiter kurz zu halten, und obwohl die Staatseinnahmen durch die Erhöhung von Sozialabgaben gesteigert wurden, hat sich das Tempo des Defizitabbaus im vergangenen Jahr merklich verlangsamt. Ausschlaggebend waren die erheblichen Zahlungen für die Investitionszulage, aber auch für Subventionen an die Landwirtschaft, die Stahlindustrie und den Steinkohlenbergbau. Zudem mußten über den geplanten Umfang hinaus Beiträge an die Europäische Gemeinschaft geleistet werden. Das Defizit bei den Gebietskörperschaften ging im vergangenen Jahr um 8 Mrd. DM und damit halb so stark zurück wie im Jahre 1983.

Die Lage der Sozialversicherung hat sich trotz der Erhöhung der Sozialabgaben weiter verschlechtert. Hierbei spielten die Beitragserstattungen an Ausländer, die in ihre Heimatländer zurückkehrten, eine erhebliche Rolle. In der Krankenversicherung sind die Ausgaben nach dem Ablauf der zwischen Ärzten und Krankenkassen getroffenen Vereinbarung zur Kostendämpfung kräftig gestiegen.

### Ausblick

Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik wird sich im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzen, nachdem die Entwicklung zu Beginn des Jahres durch die Auswirkungen des strengen Winters gedämpft war. Nach wie vor werden die stärksten Antriebskräfte vom Export ausgehen. Dagegen bleibt die Zunahme der Inlandsnachfrage insgesamt recht verhalten; von diesem Pfad weichen die Bautätigkeit nach unten, die Ausrüstungsinvestitionen nach oben ab. Der Investitionsanstieg ist weitgehend auf das verarbeitende Gewerbe beschränkt, erfaßt also viele jener Bereiche nicht, in denen mittelfristig die Chancen für mehr Arbeitsplätze am größten sind. Im Verlauf dieses Jahres wird die Beschäftigung zwar steigen, aber nur recht wenig.

Wie immer liegt der Prognose eine Reihe von Annahmen und Setzungen zugrunde. Die wichtigsten sind:

- Die Expansion des Welthandels setzt sich im gleichen Tempo wie im Winterhalbjahr fort, also mit einer laufenden Jahresrate von 5 vH.
- Der Wechselkurs des Dollars wird im weiteren Verlauf des Jahres im Durchschnitt leicht unter 3 DM liegen. Gegenüber den meisten Partnerwährungen im Euro-

### Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderungen gegen Vorjahr in vH		
	1983	1984	1985 <sup>a)</sup>	1983	1984	1985 <sup>a)</sup>
Bruttosozialprodukt, real <sup>1)</sup> (Mrd. DM)	1 266,6	1 299,7	1 330	1,3	2,6	2,5
Beschäftigte Arbeitnehmer (Tsd. Personen)	21 942	21 882	21 920	-1,8	-0,3	0
Arbeitslose (Tsd. Personen)	2 258	2 266	2 280	.	.	.
Arbeitslosenquote (vH) <sup>2)</sup>	9,3	9,4	9,4	.	.	.
Verbraucherpreise <sup>3)</sup>	.	.	.	3,3	2,4	2,5
Leistungsbilanzsaldo <sup>4)</sup> (Mrd. DM)	10,5	17,7	33	.	.	.
Finanzierungsbilanzsaldo Staat (Mrd. DM)	-46,3	-40,9	-29	.	.	.

1) In Preisen von 1976. - 2) Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). - 3) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. - 4) Zahlungsbilanzstatistik. - a) Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet.

päischen Währungssystem wird die D-Mark im späteren Jahresverlauf aufgewertet.

- Das Preisniveau auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe und Erdöl auf Dollarbasis verändert sich kaum.
- Die Finanzpolitik folgt dem in den Haushaltsplänen für 1985 vorgegebenen Kurs. Neue Maßnahmen mit Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr werden nicht ergriffen. Die erste Stufe der für 1986 geplanten Steuerreform wird in der jetzt bekannten Form vom Parlament beschlossen.
- Die Bundesbank setzt den in der jüngsten Zeit verfolgten Kurs fort, sie weitet also die Zentralbankgeldmenge um etwa 5 vH aus. Die Abschwächung der Kreditnachfrage der Wohnungswirtschaft und die Erwartung einer Aufwertung der D-Mark führen zu leicht sinkenden Zinsen.
- In den noch ausstehenden Tarifabschlüssen dieses Jahres werden Lohnerhöhungssätze vereinbart, die etwa den bisher ausgehandelten entsprechen.

### Export bleibt stärkste Antriebskraft

Die anhaltende Expansion in den Industrieländern und der Vorsprung im Preiswettbewerb, den die deutschen Anbieter aufgrund der kräftigen realen Abwertung der D-Mark gewonnen haben, führen dazu, daß die Ausfuhr auch im weiteren Verlauf des Jahres zunehmen wird. Die laufende Rate dürfte etwa 6 vH betragen; wegen des hohen Überhangs zum Jahresbeginn wird die Ausfuhr im Jahresdurchschnitt sogar um etwa 9 vH höher sein. Damit bleibt die Auslandsnachfrage auch in diesem Jahr sehr viel expansiver als die Inlandsnachfrage.

Da die konjunkturelle Expansion in den Vereinigten Staaten schwächer geworden ist, werden die Exporte dorthin im weiteren Verlauf des Jahres weniger stark als zuvor zunehmen. Die Ausfuhr in die europäischen Indu-

strieländer wird dagegen eher verstärkt expandieren, da dort die konjunkturelle Belegung anhält und sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter bis zuletzt verbessert hat. Da sich die Investitionstätigkeit fast überall belebt hat, werden insbesondere die Exporte von Investitionsgütern deutlich steigen.

Die Lieferungen in die nicht Erdöl exportierenden Entwicklungsländer werden wohl weiter leicht zunehmen, nachdem sich deren finanzielle Lage tendenziell entspannt hat. Der Anstieg der Ausfuhr in die Staatshandelsländer wird sich ebenfalls fortsetzen. Dagegen dürfte sich der Export in die OPEC-Länder kaum erhöhen, da nicht damit zu rechnen ist, daß deren Einnahmen aus dem Öllexport in der nächsten Zeit wieder steigen werden.

Der Anstieg der Ausfuhrpreise wird in wenig vermindertem Tempo anhalten. Einerseits dürften zwar die Preiserhöhungsspielräume mit der erwarteten Festigung des Wechselkurses der D-Mark enger werden. Andererseits gibt es aber mit der wieder verstärkten Erhöhung der Lohnstückkosten Anstöße zu Preissteigerungen.

#### **Relativ kräftiger Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen**

Unter den Komponenten der Inlandsnachfrage nehmen die Ausrüstungsinvestitionen am meisten zu. Die Nachfrage der Investoren ist in der Grundtendenz deutlich aufwärts gerichtet; am stärksten steigen nach wie vor die Aufträge im Bereich der Büro- und Datentechnik.

Für den weiteren Verlauf dieses Jahres ist mit einem anhaltenden Anstieg der Investitionsneigung zu rechnen. Die Unternehmenserträge werden nochmals zunehmen, wenn auch weniger als in den beiden vergangenen Jahren. Die Zinsen werden voraussichtlich weiter sinken. Damit werden Sachanlagen im Verhältnis zu Finanzanlagen attraktiver. Die Absatzaussichten der Industrie bleiben günstig. Vor allem im Investitionsgütergewerbe nehmen Auftragsbestände und Kapazitätsauslastung merklich zu. Die Investitionspläne im verarbeitenden Gewerbe sind nach oben revidiert worden. Ob dabei wechselkursbedingte Risiken des Auslandsabsatzes schon ausreichend berücksichtigt sind, muß sich freilich noch erweisen.

Anders als im verarbeitenden Gewerbe sind Lage und Aussichten in den vorwiegend oder ausschließlich binnenwirtschaftlich orientierten Bereichen der Wirtschaft, vor allem in der Bauwirtschaft, der Landwirtschaft und dem Handel, nicht sehr günstig, und die Investitionsneigung ist dort dementsprechend schwach. Die Energiewirtschaft befindet sich nach dem weitgehenden Abschluß großer Vorhaben in einer „Investitionspause“.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Investitionsentwicklung auch nach dem Wegfall stimulierender wirtschaftspolitischer Maßnahmen durchaus nicht ohne Dynamik ist.

Dies beschränkt sich aber weitgehend auf das verarbeitende Gewerbe; zudem ist der Anteil derjenigen Investitionen, die auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze gerichtet sind, weiterhin gering.

#### **Sinkende Bauinvestitionen**

Die seit zwei Jahren rückläufige Tendenz der Nachfrage nach Bauleistungen wird die Bautätigkeit im weiteren Verlauf des Jahres bestimmen. Die Bauinvestitionen werden im Jahresdurchschnitt um rund 3 vH abnehmen. Die Entwicklung ist jedoch in den einzelnen Baubereichen unterschiedlich.

Die Wohnungsbaunachfrage ist bis zuletzt erheblich geschrumpft. Mit einer raschen Umkehr dieser Entwicklung ist nicht zu rechnen. Die Hypothekenzinsen dürften zwar sinken, aber weiterhin relativ hoch sein, und die Realeinkommen der privaten Haushalte werden nur wenig zunehmen. Im Hinblick auf das geplante „Gesetz zur Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums“, das von 1987 an erhöhte Abschreibungsbeträge und eine größere Kinderkomponente vorsieht, dürften Bauvorhaben aufgeschoben werden. Ob umgekehrt potentielle Bauherren von Zweifamilienhäusern Bauvorhaben ins Jahr 1985 vorziehen, ist ungewiß. Für sie gelten die steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten von Werbungskosten, insbesondere Schuldzinsen, noch bei Fertigstellung bis Ende 1986. Der Bauüberhang ist stark geschrumpft und liegt noch unter dem bisher niedrigsten Stand im Jahre 1983. Für den Durchschnitt des Jahres 1985 muß mit einem Rückgang des Wohnungsbauvolumens um etwa 6 vH gerechnet werden.

Für den Wirtschaftsbau sind die Perspektiven besser; hier nehmen die Auftragseingänge zu. Mit der Belegung der Ausrüstungsinvestitionen werden vielfach auch zusätzliche Bauvorhaben erforderlich sein, wenn auch nicht mehr in gleichem Umfang wie früher, weil das Gewicht der Rationalisierung größer geworden ist und in vielen Fällen bestehende Gebäude für neue Anlagen genutzt werden können. Stützend wirkt, daß die Investitionen von Bundespost und Bundesbahn, die gegenwärtig recht kräftig steigen, mit erheblichen Bauleistungen verknüpft sind. Im Verlauf des Jahres dürften die gewerblichen Bauinvestitionen leicht steigen; im Jahresdurchschnitt werden sie jedoch noch um etwa 2 vH niedriger sein als im Vorjahr, in dem sie wegen der Investitionszusage forciert worden waren.

Relativ günstig wird sich der öffentliche Bau entwickeln. Dort dürften die realen Investitionen im Jahresdurchschnitt erstmals seit 1980 wieder leicht zunehmen. Ausschlaggebend dafür ist die Verbesserung der Finanzsituation der Gemeinden, auf die etwa zwei Drittel der öffentlichen Investitionen entfallen.

### Weiterhin nur geringer Konsumanstieg

Die Voraussetzungen für eine Zunahme des privaten Verbrauchs werden sich im weiteren Verlauf des Jahres von der Entwicklung der Einkommen her nur wenig verbessern. Das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer wird vor allem aufgrund höherer Tarifabschlüsse als im vergangenen Jahr etwas stärker steigen, im Jahresdurchschnitt um reichlich 4 vH, nach 3 vH im Jahre 1984. Netto wird der Einkommenszuwachs um rund eineinhalb Prozentpunkte geringer als brutto sein, auch wegen der Anhebung der Beitragssätze zur Sozialversicherung.

Mit einer verstärkten Zunahme ist bei den Transfereinkommen zu rechnen, hauptsächlich wegen der Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen. Hier wird erwartet, daß etwa 50 000 Arbeitnehmer davon Gebrauch machen und daß rund 1,7 Mrd. DM an Vorruhestandsgeldern gezahlt werden. Neue staatliche Konsolidierungsmaßnahmen, die die Entwicklung der Transfereinkommen belasten würden, wurden nicht ergriffen, im Gegenteil: einige Leistungen wurden wieder erhöht. Insgesamt wird das verfügbare Einkommen 1985 nominal um rund 4 vH und real um knapp 1,5 vH steigen, nachdem es 1984 um 3,5 bzw. 1 vH zugenommen hatte.

Die Sparquote hat nach einem Rückgang in den Jahren 1982 und 1983, in denen das Realeinkommen gesunken war, im letzten Jahr nicht weiter abgenommen. Für dieses Jahr ist mit einer etwa unveränderten Sparquote zu rechnen: Für eine Erhöhung spricht zwar, daß die Masseneinkommen verstärkt steigen und geringere Beträge aus prämiengünstigen Sparverträgen frei werden; außerdem nimmt das Vorsorgesparen wegen größerer Unsicherheit über die gesetzliche Altersversorgung vermutlich zu. Diese Tendenzen werden aber wohl weitgehend dadurch aufgewogen, daß die Zinsen sinken, so daß die Bereitschaft zur Geldvermögensbildung nachläßt und die Verschuldungsneigung gestärkt wird.

Der reale private Konsum wird unter diesen Bedingungen im Jahre 1985 erneut nur mäßig steigen. Für den Jahresdurchschnitt ist mit einer Zunahme von rund 1 vH zu rechnen.

### Nochmals Rückgang des Staatsdefizits

In der Finanzpolitik wurden, anders als in den Vorjahren, keine neuen Maßnahmen zu einer Beschleunigung des Defizitabbaus ergriffen. Der Anstieg der Staatsausgaben, der sich im vergangenen Jahr vor allem wegen der Auszahlung der Investitionszulage, neuer Subventionen und höherer Ausgaben der Krankenversicherung verstärkt hatte, wird 1985 mit 3 vH zwar wieder etwas schwächer ausfallen. Klammert man jedoch Sonderfaktoren wie die Investitionszulage aus, so ergibt sich eine gegenüber 1984 leicht beschleunigte Zunahme.

Die Ausgaben für den Staatsverbrauch werden mit 4,5 vH stärker als im Vorjahr zunehmen. Dabei erhöhen sich die Personalausgaben wieder leicht beschleunigt, da die Löhne und Gehälter etwas rascher steigen als im Vorjahr und die Einstellungspolitik weniger restriktiv sein wird. Die Ausgaben der Krankenversicherung dürften nicht so stark zunehmen wie im letzten Jahr.

Die Übertragungen an Unternehmen werden zurückgehen, da die Investitionszulage weitgehend abgerechnet ist und der Abbau des Grenzausgleichs in der Europäischen Gemeinschaft von Anfang 1985 an die zuvor kräftig erhöhten Subventionen an die Landwirtschaft wieder verringert. Der Anstieg der Sozialleistungen wird weiterhin nur gering sein, weil die Renten abermals nur wenig steigen werden. Wegen der Erhöhung des Eigenbeitrags der Rentner zur Krankenversicherung von 3 auf 4,5 vH wird die Zunahme der Renten netto 1,5 vH betragen.

Nachdem die Gemeinden insgesamt sogar leichte Überschüsse erwirtschaften und auch wieder mit einer Aufstockung der Zuweisungen der Länder gerechnet werden kann, werden die Ausgaben für öffentliche Investitionen 1985 erstmals seit vier Jahren etwas zunehmen.

Die Einnahmen des Staates werden nicht ganz so stark wie im Vorjahr steigen. Der geringere Zuwachs bei den Steuern erklärt sich einmal aus Rückstellungen der Unternehmen für den Vorruhestand; damit entstehen Mindereinnahmen in einer Größenordnung von 2 Mrd. DM. Zum anderen wirkt sich aus, daß jene Komponenten des Sozialprodukts, die der Umsatzsteuer unterliegen, insgesamt schwächer steigen als im Vorjahr. Stärker zunehmende Beitragseinnahmen der Sozialversicherung und eine etwas höhere Gewinnablieferung der Bundesbank reichen nicht aus, um den verringerten Zuwachs der Steuereinnahmen auszugleichen.

Das Finanzierungsdefizit dürfte sich bei den Gebietskörperschaften um rund 8 Mrd. DM auf etwa 30 Mrd. DM verringern<sup>1</sup>. Trotz der wohl etwas günstigeren Finanzlage der Sozialversicherung kann von einer Lösung ihrer Finanzprobleme keine Rede sein; sie sind nur kurzfristig gemildert worden. Eine dauerhafte Lösung ist weder mit der Veränderung der Rentenformel noch mit der Erhöhung von Beitragssätzen gefunden worden.

### Weiter nur mäßiges Wirtschaftswachstum

Gemäß der vorliegenden Prognose wird das reale Bruttosozialprodukt im Jahre 1985, ähnlich wie im Vorjahr, um rund 2½ vH steigen. Die Zuwachsraten der Produktion werden im verarbeitenden Gewerbe deutlich über dem Durchschnitt liegen, im Baugewerbe dagegen wird es einen Rückgang geben. In der jüngeren Vergangen-

<sup>1</sup> Vorausschätzungen von Salden sind wegen der großen Fehlermöglichkeiten nur als Größenordnung zu werten.

heit ist der Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung so sehr durch Sondereinflüsse verzerrt worden — zuletzt durch den strengen Winter —, daß das der konjunkturellen Entwicklung zugrunde liegende Anstiegs-tempo nicht mit hinreichender Sicherheit zu bestimmen ist. Es dürfte aber nicht wesentlich über der jahresdurchschnittlichen Rate von 2½ vH liegen. Die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, das nach wie vor recht schwach wächst, nimmt nur wenig zu.

Bei dem Versuch, die Entwicklung der Beschäftigung in diesem Jahr abzuschätzen, müssen auch die Auswirkungen der neuen Arbeitszeitregelungen berücksichtigt werden. Die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit wird zwar auch zu Neueinstellungen führen. Im wesentlichen wird sie aber über zusätzliche Rationalisierung sowie durch den effizienteren Einsatz der Arbeitskräfte aufgefangen. Ferner werden zumindest vorübergehend vermehrt Überstunden geleistet.

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie wird nennenswert zunehmen, im Baugewerbe dagegen deutlich sinken. Ein unverändert leichter Anstieg ist im Tertiärbereich zu erwarten. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer dürfte 1985 um rund 50 000 höher sein als im Vorjahr.

Der Anstieg des Erwerbspersonenpotentials ist wegen der Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen und der geringeren demographisch bedingten Zunahme gedämpft. Er dürfte aber immer noch größer sein als der der Beschäftigtenzahl. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird daher im Durchschnitt dieses Jahres wohl etwas höher sein als 1984.

### **Stark erhöhter Leistungsbilanzüberschuß**

Die Einfuhr wird zwar merklich zunehmen, aber weniger als die Ausfuhr. Das ergibt sich schon daraus, daß die günstige Wettbewerbsposition deutscher Anbieter auf die Einfuhr tendenziell ebenso bremsend wie auf die Ausfuhr stimulierend wirkt. Wegen unterschiedlicher Überhänge zu Beginn dieses Jahres — hoch bei der Ausfuhr, niedrig bei der Einfuhr — werden sich die jahresdurchschnittlichen Zuwächse noch deutlicher unterscheiden als die laufenden Anstiegsraten. Einem Zuwachs von 9 vH bei der Ausfuhr wird ein solcher von nur 5 bis 6 vH bei der Einfuhr gegenüberstehen.

Damit ist eine erhebliche Erhöhung des Ausfuhrüberschusses angelegt. Obwohl die Terms of Trade — trotz erwarteter Verbesserung im weiteren Verlauf des Jahres — in diesem Jahr insgesamt noch etwas ungünstiger als 1984 sein dürften, ist damit zu rechnen, daß der Überschuß in der Handelsbilanz von 54 Mrd. DM auf rund 75 Mrd. DM steigt. Dies ist vor allem eine Spätfolge der starken realen Abwertung der D-Mark in den vergangenen Jahren. Das Defizit in der Dienstleistungsbilanz wird

wohl nicht abnehmen und das der Übertragungsbilanz weiter steigen. Der Leistungsbilanzüberschuß nimmt somit weniger zu, als sich die Handelsbilanz verbessert. Er dürfte in der Größenordnung von 30 bis 35 Mrd. DM liegen.

### **Preisanstieg wieder flacher**

Im weiteren Verlauf des Jahres werden die Faktoren, die im Winterhalbjahr zu einer Beschleunigung des Preisanstiegs geführt hatten, entfallen. Die Preise für Saisonwaren werden mit großer Wahrscheinlichkeit wieder sinken. Bei den nicht saisonabhängigen Nahrungsmitteln ist wegen des Abbaus des Grenzausgleichs für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die der Marktordnung unterliegen, nicht mit nennenswerten Preissteigerungen zu rechnen. Dies gilt vor allem dann, wenn die Interventionspreise erneut gesenkt werden, wie dies die EG-Kommission vorgeschlagen hat. Wegen der Abschwächung des Dollarkurses läßt die Verteuerung jener Einfuhrwaren nach, die in Dollar fakturiert werden.

Erschwert werden weitere Fortschritte auf dem Wege zur Stabilisierung des Preisniveaus nicht zuletzt durch die Entwicklung der Lohnstückkosten. Sie steigen nun wieder an, nachdem sie im vergangenen Jahr stabil geblieben waren. Die potentialorientierte Geldpolitik und die relativ schwache Nachfrage werden den Spielraum für Preiserhöhungen eng begrenzen. Im Durchschnitt des Jahres 1985 dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise, ebenso wie im Vorjahr, 2½ vH betragen.

### **Wirtschaftspolitische Überlegungen<sup>2</sup>**

Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik setzt sich nun bereits im dritten Jahr fort. Der Anstieg des realen Sozialprodukts zeigt keine Tendenz zu einer Verlangsamung. Auch für das Jahr 1986 ist eine Fortsetzung der Aufwärtsbewegung wahrscheinlich. Erreicht wurden ein hohes Maß an Geldwertstabilität und eine erhebliche Verringerung der staatlichen Neuverschuldung; außerdem hat sich die Leistungsbilanz beachtlich aktiviert.

Entscheidend getrübt wird das Bild durch die nach wie vor unbefriedigende Lage auf dem Arbeitsmarkt. Annähernd zweieinhalb Jahre nach der konjunkturellen Wende geht die Zahl der Arbeitslosen noch immer nicht zurück. Die Beschäftigung wird in diesem Jahr zwar zunehmen, aber nicht genug, um den Anstieg des Arbeitskräftepotentials zu übertreffen. Deshalb müssen mehr noch als bisher Anstrengungen unternommen werden, die Wachstumsdynamik zu verstärken und Hindernisse für eine Zunahme der Beschäftigung zu beseitigen.

<sup>2</sup> Das DIW vertritt eine von nachstehenden Ausführungen abweichende Konzeption. Diese ist am Ende dieses Abschnitts wiedergegeben.

## Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Bundesregierung sollte ihre Entscheidung, die Steuerreform in zwei Stufen zu Beginn der Jahre 1986 und 1988 durchzuführen, überprüfen. Erklärtes Ziel der Steuerentlastung ist es, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Dem würde eine Realisierung in einem Schritt schon im nächsten Jahre besser entsprechen. Durch eine schnelle Verwirklichung würde auch vermieden, daß der Begehrlichkeit von Interessentengruppen noch mehr als bisher nachgegeben wird. Die Gefahr, daß mit der stärkeren Erhöhung des Staatsdefizits das Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen erschüttert würde, wäre um so geringer, je entschiedener gleichzeitig mit der Kürzung von Subventionen und dem Abbau von Steuervergünstigungen begonnen würde.

Bei der Kürzung der Subventionen wäre ein gezieltes Vorgehen ohne Zweifel die beste Lösung. Fehlt es dazu an Durchsetzungskraft und erscheint eine lineare Kürzung als zu wenig sachgerecht, wäre eine Kombination aus gezielter und linearer Kürzung ein Ausweg: Die Ansprüche der Ressorts würden linear gekürzt, die Verteilung innerhalb der Ressorts gezielt vorgenommen. Härten, die sich dabei ergäben, ließen sich mildern, indem man von der Objekt- zur personenbezogenen Förderung überginge.

Die entscheidende Begründung für eine Kürzung der Subventionen ist freilich nicht der Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen, sondern die Tatsache, daß Verzicht auf Kürzung von Subventionen auch Verzicht auf mehr marktwirtschaftliche Steuerung und damit auf Wachstum und Beschäftigung bedeutet.

Ein wichtiges Hemmnis für die Ausweitung der Beschäftigung bilden die hohen und bis zuletzt gestiegenen Lohnnebenkosten. Auch hier ist der Staat mit aufgerufen, den Anstieg zu bremsen. Dazu gehört die Eindämmung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen, der in jüngster Zeit bereits wieder zu einer Anhebung der Krankenkassenbeiträge führte. Zudem sollten die Beitragszahler der Rentenversicherung weniger als bisher zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen herangezogen werden, u.a. dadurch, daß diese vermindert werden. Es kommt also darauf an, ein besseres Gleichgewicht zwischen Beiträgen und Leistungsansprüchen herbeizuführen.

Zu den Kosten, die die Einstellung von Arbeitskräften erschweren, sind nicht nur die unmittelbar kalkulierbaren zu rechnen, sondern auch jene, die sich aus Auflagen für Arbeitsplätze und Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer ergeben. Hierzu zählen Vorschriften, die einen flexiblen Einsatz der Arbeitskräfte behindern, sowie Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit Arbeitsgerichtverfahren und hohe Kosten von Sozialplänen.

Es ist ein Faktum, daß die Unternehmen trotz der wieder günstigeren konjunkturellen Situation in vielen Fällen

vor Neueinstellungen zurückschrecken, weil sie solche schwer kalkulierbaren Belastungen angesichts der Unsicherheiten über ihre mittelfristigen Absatzchancen als hohes Risiko betrachten. Die Maßnahmen, wie sie im Beschäftigungsförderungsgesetz vorgesehen sind, erscheinen grundsätzlich als geeignet, Beschäftigungshemmnisse zu verringern. Die Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge bis zu einer Laufzeit von 18 Monaten (bisher 12 Monate) abzuschließen, verringert Risiken für die Unternehmen und erhöht sicherlich die Bereitschaft zu Einstellungen. Die Befürchtung, durch diese Möglichkeiten würden lediglich andere Arbeitskräfte verdrängt und die Befristung der Arbeitsverträge werde überhand nehmen, erscheint wenig begründet. Erstens wird der Schutz der schon Beschäftigten nicht angetastet. Zweitens wird es zu dem befürchteten Austausch großen Stils schon deshalb nicht kommen, weil Wechsel auf dem Arbeitsplatz mit nicht unerheblichen Kosten für die Unternehmen verbunden sind, wird doch durch beträchtliche Ausbildung und Einarbeitung in hohem Maße Human-Kapital gebildet. Drittens beruht die Vorstellung, die Möglichkeit, Zeitverträge für längere Fristen abzuschließen, führe lediglich zu einer anderen Verteilung des Potentials an verfügbarer Arbeit, auf einer statischen Betrachtungsweise. Werden die Risiken für Unternehmen bei der Neueinstellung von Arbeitskräften vermindert, so resultiert hieraus aller Wahrscheinlichkeit nach eine Vermehrung der Beschäftigung.

Die Garantie der Weiterbeschäftigung im Anschluß an eine einjährige Erziehungszeit nach der Geburt eines Kindes bedeutete eine Erhöhung der Risikoschwelle für die Einstellung. So wünschenswert eine solche Maßnahme aus familienpolitischen Gründen sein mag, der beabsichtigte Schutz würde für jüngere Frauen, die einen Arbeitsplatz suchen, ins Gegenteil verkehrt.

Grundsätzlich gilt, daß jeder Zwang für die Unternehmen, Arbeitsplatzsicherheit zu gewähren, entweder die Einstellungschancen der Arbeitssuchenden vermindert oder Konsequenzen bei der Entlohnung in Form eines Risikoabschlags verlangt.

## Zur Lohnpolitik

Die Lohnentwicklung hat in den letzten drei Jahren dazu beigetragen, daß sich die Gewinne der Unternehmen spürbar erholten und die Unternehmensinvestitionen wieder steigen. Enttäuschung besteht darüber, daß sich dies nicht in einer Erhöhung der Beschäftigung und in einem Abbau der Arbeitslosigkeit niedergeschlagen hat. Wenn deshalb häufig an der Zweckmäßigkeit weiterer Zurückhaltung bei Tariflohnabschlüssen gezweifelt wird, so werden dabei entscheidende Gesichtspunkte übersehen.

— Es kann nicht angenommen werden, daß die Entwicklung der Beschäftigung ohne diese Zurückhaltung so

verlaufen wäre wie sie tatsächlich verlief; wahrscheinlich wäre die Arbeitslosigkeit in diesem Fall noch höher.

- Zu berücksichtigen ist, daß die Zurückhaltung des Staates bei seinen Ausgaben und die Erhöhung von Steuern und Abgaben kürzerfristig mit negativen Nachfragewirkungen verbunden waren und zum Teil noch sind. Dies gilt um so mehr, als die Konsolidierungspolitik keineswegs optimal durchgeführt wurde. Möglicherweise ist ein Teil der positiven Auswirkungen der Lohnzurückhaltung durch diese Effekte, die nur zum Teil unvermeidlich waren, negativ überlagert worden.
- Die Vorstellungen über das Ausmaß der Lohnzurückhaltung orientieren sich unter beschäftigungspolitischem Aspekt häufig am falschen Maßstab. Das Zurückbleiben der Realloohnerhöhungen hinter dem statistisch gemessenen Produktivitätsanstieg gibt nicht unbedingt Auskunft darüber, ob dadurch für die Unternehmen zusätzliche Beschäftigung lohnend wird. Soweit die Zunahme der Produktivität nur wegen einer lohnkostengetriebenen Rationalisierung über den aktuellen Reallohnanstieg hinausgeht, zeigt dies keinen Verteilungsspielraum an. Vieles spricht dafür, daß der verteilbare Produktivitätsfortschritt in den letzten Jahren überschätzt wurde.
- Die Erhöhung der Lohnnebenkosten und die Verteuerung des Faktors Arbeit durch verstärkte Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer kompensierten zum Teil die Zurückhaltung bei den Tariflohnvereinbarungen, so daß die Arbeitskosten insgesamt stärker stiegen, als es die Tarifabschlüsse vermuten lassen.
- Die tariflichen Lohnerhöhungen waren auch in den letzten Jahren wenig nach Sektoren, Qualifikationen und Regionen differenziert. Dadurch wurden trotz insgesamt gemäßigten Lohnanstiegs die Beschäftigungschancen in strukturschwachen Regionen und Branchen sowie für geringer qualifizierte Arbeitskräfte vermindert. Die Differenzierung sollte auch durch Herabsetzung der Eingangsgehälter vorgenommen werden, wie dies im öffentlichen Dienst bereits geschehen ist.

Damit die Lohnpolitik zur Steigerung der Beschäftigungschancen beitragen kann, müssen in der Phase des Überangebots an Arbeitskräften die Reallohnsteigerungen im Durchschnitt hinter dem verteilbaren Produktivitätsfortschritt zurückbleiben. Der durchschnittliche Einkommensanstieg der Arbeitnehmer kann um so höher ausfallen, je stärker die Differenzierung der Löhne an den Marktverhältnissen orientiert ist. Mit stärkerer Lohndifferenzierung entstünden erhöhte Anreize zur beruflichen Qualifikation durch Erwerb von Kenntnissen und Fertigkeiten, mit der die Beschäftigungschancen von der Angebotsseite am Arbeitsmarkt her verbessert werden, eine wichtige Voraussetzung zur Überwindung struktureller Arbeitslosigkeit.

## Zur Geldpolitik

Der Beitrag, den die Geldpolitik zur Herstellung wachstums- und beschäftigungsfreundlicher Bedingungen leisten kann, besteht darin, die Geldwertstabilität und eine reibungslose Finanzierung des Potentialwachstums zu sichern; die Verfolgung weiterer Ziele stünde im Konflikt mit der Erfüllung dieser Aufgabe.

Die Zielvorgabe der Bundesbank für die Geldmengenexpansion im Jahre 1985 deckt sich nach Ansicht der Institute nur bedingt mit dieser Forderung. Die Bundesbank hat sich zum Ziel gesetzt, die Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1984 bis zum vierten Quartal 1985 um 3 bis 5 vH auszuweiten. Hinter dem Richtmaß von 4 vH steht die Überlegung, das Produktionspotential zu konstanten Preisen werde im Verlauf des Jahres um reichlich 2 vH und in jeweiligen Preisen um etwa 4 vH zunehmen.

Nicht berücksichtigt wurde bei der Bemessung des Geldmengenziels, daß das derzeitige Potentialwachstum niedriger ist als jenes, das mittelfristig möglich und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wünschenswert ist. Zudem wurde der trendmäßigen Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit nicht Rechnung getragen: Die Relation von Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen und Zentralbankgeldmenge, die sogenannte Einkommenskreislaufgeschwindigkeit, ist seit Beginn der siebziger Jahre im Trend eindeutig gesunken. Die Umlaufgeschwindigkeit, gemessen an der Relation von Produktionspotential in jeweiligen Preisen und Zentralbankgeldmenge, ging dagegen nicht eindeutig zurück. Da sich die Unternehmen und privaten Haushalte bei ihren Geld- und Vermögensdispositionen jedoch nicht an ihrem möglichen, sondern an ihrem tatsächlichen Einkommen orientieren, ist die Einkommenskreislaufgeschwindigkeit als der sachgerechte Maßstab anzusehen: Die Aktiva, die der Berechnung der Zentralbankgeldmenge zugrundeliegen, dienen nicht nur der Finanzierung von Umsätzen, sondern werden in zunehmendem Maße als Geldvermögen gehalten, das im Trend deutlich stärker steigt als das nominale Bruttosozialprodukt.

Die höhere Rate des mittelfristig möglichen Potentialwachstums sowie der rückläufige Trend der Einkommenskreislaufgeschwindigkeit sollten von der Geldpolitik berücksichtigt werden. Angemessen wäre im Jahre 1985 eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge am oberen Rand des Zielbandes der Bundesbank, also in demselben Tempo wie in den ersten Monaten dieses Jahres.

## Krise in der Bauwirtschaft — Herausforderung für die Wirtschaftspolitik?

Die Bauwirtschaft befindet sich, vor allem wegen der Entwicklung im Wohnungsbau, in einer Krise. Mit dieser Feststellung wird häufig der Appell an die staatlichen

Stellen verbunden, für Abhilfe zu sorgen. Eine eingehende Analyse zeigt, daß die staatlichen Möglichkeiten, mit Erfolg zugunsten der Bauwirtschaft in die wirtschaftlichen Abläufe einzugreifen, recht begrenzt sind. Konjunkturprogramme und ähnliche kürzerfristig ausgerichtete Maßnahmen zur Belebung in der Bauwirtschaft waren oftmals kontraproduktiv. Sie haben sowohl konjunkturelle Ausschläge vergrößert als auch strukturelle Probleme verdeckt.

Auf längere Sicht hängt die Nachfrage nach Leistungen im Wohnungsbau von der Entwicklung der Bevölkerungszahl, insbesondere der Zahl der Haushalte, der trendmäßigen Veränderung der Realeinkommen, der Realzinsen und der preislichen und qualitativen Attraktivität des Bauangebots ab.

Die Bevölkerungszahl schrumpft bereits seit einigen Jahren. Die Zahl der Haushalte wird, bisherigen Schätzungen zufolge, in den achtziger Jahren zwar noch zunehmen — wenn auch erheblich abgeschwächt —, danach aber deutlich sinken. Allerdings sind diese Vorausschätzungen unsicher, weil sie außer von der recht verlässlich prognostizierbaren Größe und Altersstruktur der inländischen Bevölkerung auch von so schwer vorauszusehenden Faktoren wie der Außenwanderung und der Realeinkommensentwicklung abhängen. Blieben die Einkommenssteigerungen sehr schwach, könnte beispielsweise der Rückgang der durchschnittlichen Größe der Haushalte aufführen, der bis zu Anfang der achtziger Jahre zu beobachten war, und der in den Vorausschätzungen für die Zahl der Haushalte zumeist fortgeschrieben wurde. Damit wäre der Wohnungsbedarf nicht so hoch, wie in den meisten Schätzungen ausgewiesen. Sehr wahrscheinlich wird der Bedarf an Neubauten auf längere Sicht weiter abnehmen. Die seit einiger Zeit in weiten Teilen der Bundesrepublik sinkenden Immobilienpreise signalisieren, daß der Versorgungsgrad mit Wohnraum offenbar hoch ist, so daß dieser Markt zunehmend ein Käufermarkt geworden ist. Freilich wird im Verlauf der achtziger und neunziger Jahre die Bedeutung der Modernisierung von Altbauten an Bedeutung gewinnen und der Bauwirtschaft einen gewissen Ausgleich bringen.

Da die leerstehenden Wohnungen auf die Rendite von Wohnungsbauinvestitionen drücken, dürfte die Neubausachfrage zunächst unter dem mittelfristigen Bedarf liegen. Wann die Neubaunachfrage wieder auf den mittelfristigen Trend einschwenken und welches Niveau sie dann haben wird, läßt sich nur schwer beurteilen.

Auch im öffentlichen Bau hängt der Bedarf in hohem Maße von der Entwicklung der Bevölkerung und ihrer Altersstruktur ab: Im öffentlichen Hochbau, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen wird er auf absehbare Zeit relativ gering sein. Der Bedarf an Straßen und Wasserstraßen ist weitgehend gedeckt. Aufgaben liegen weiterhin in der Verbesserung der Verkehrswege, aber auch des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs. Bedarf an

Investitionen im öffentlichen Verkehr würde um so eher evident, je stärker die Umweltkosten der anderen Verkehrsträger dem einzelnen angelastet würden. Hinzu kommt das Erfordernis, die Umwelt zu schützen. Dies verlangt Investitionen in den Bereichen Wasserwirtschaft, Abwasserbeseitigung, Abfallwirtschaft und Deponien, zum Lärmschutz und gegen Luftverschmutzung.

Solche, die Umwelt schützenden Investitionen werden auch im gewerblichen Bau an Bedeutung gewinnen. Die Entwicklung der herkömmlichen Wirtschaftsbauinvestitionen hängt weitgehend von den allgemeinen Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit ab. Allerdings führt der technische Fortschritt dazu, daß der spezifische Raumbedarf für neue Produktionsstätten geringer wird. Deutlich steigende Baunachfrage gibt es bei der Post, insbesondere im Bereich der Telekommunikation, und bei der Bahn im Ausbau der Schnellstrecken.

Die Wirtschaftspolitik sollte sich unter Berücksichtigung dieser Überlegungen und der Erfahrungen mit Maßnahmen zur Förderung der Bauwirtschaft in den letzten Jahren konjunkturpolitisch motivierter Programme enthalten. Statt dessen sollte sie zügig verlässliche Rahmenbedingungen für die Planung der Privaten schaffen. Dort, wo die öffentliche Hand unmittelbare Verantwortung für die künftige Entwicklung so wichtiger Bereiche wie Verkehr und Telekommunikation trägt, sollte unternehmerisch entschieden werden.

Der Versuch, die Anpassungsprobleme im Wohnungsbau durch staatliche Eingriffe zu mildern, würde die Krise nur vertagen und letztlich verschlimmern. Bei einer verstärkten Neubau-Förderung bestünde die Gefahr, daß die Preise für bestehende Immobilien tendenziell weiter zurückgehen und sich die Überschuldungsprobleme bei Vermietern und Eigenheimbesitzern infolge des Unterschreitens von Beleihungsgrenzen verstärken. Insgesamt sollte die Wohnungsbauförderung nicht aufgestockt, sondern abgebaut werden. Dies um so mehr, weil der Wohnraumbedarf bei den gegebenen Relationen von Einkommen zu Preisen und Mieten weitgehend gesättigt ist.

Die gewerblichen Bauinvestitionen lassen sich am wirksamsten durch die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anregen. Daneben wäre es sinnvoll, wenn der Staat den Umweltschutz verstärkt so regelte, daß die Unternehmen aus Eigeninteresse umweltverträglich produzierten und entsprechende bauliche Maßnahmen ergriffen.

Die Aktivitäten im Bereich der Telekommunikation könnten rascher vorankommen, insbesondere könnten sich neue Technologien rascher ausbreiten, wenn die Bundesregierung dafür sorgte, daß sich das staatliche Monopol auf diesem Gebiet dem nationalen und internationalen Wettbewerb zu stellen hat.

Im öffentlichen Bau sind in den letzten Jahren aufgrund der Finanznot sicherlich Aktivitäten unterblieben, die zur

Erfüllung staatlicher Aufgaben nun nachzuholen sind. Dies gilt vor allem für Investitionen im kommunalen Bereich. Damit die Bautätigkeit auf jene Bereiche gelenkt wird, in denen der Bedarf dringlich ist, sollte die „Mischfinanzierung“ abgeschafft werden; in der Vergangenheit wurden jedenfalls manche Projekte nur deshalb in Angriff genommen, weil die Gemeinde dafür einen Zuschuß erhielt. Statt dessen sollte den Gemeinden über eine Finanzreform ein angemessener Anteil an den staatlichen Einnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Ein besonderes Problem für die Bauwirtschaft stellt die Konkurrenz der Schattenwirtschaft dar. Insbesondere beim Ausbau und bei der Modernisierung, die in den nächsten Jahren wegen des zunehmenden Durchschnittsalters der Gebäude an Bedeutung gewinnen werden, ist zu erwarten, daß die offizielle Wirtschaft weitere Marktanteile verliert. Soweit dahinter veränderte Wünsche der Bevölkerung zur Selbstverwirklichung stehen, kann dies nicht Gegenstand wirtschaftspolitischer Erwägungen sein. Soweit die Umorientierung das Ergebnis institutioneller Rigiditäten und hoher Steuer- und Abgabenlast ist, würde die Umsetzung der oben beschriebenen Empfehlungen zur Wirtschafts- und Lohnpolitik der offiziellen Bauwirtschaft zugute kommen.

\* \* \*

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, (DIW) hält eine Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums in der Bundesrepublik Deutschland für ebenso dringlich wie die vier anderen Institute. Es teilt die Meinung, daß die Durchführung der Steuerreform in einem

Schritt dazu einen Beitrag leisten würde, von dem auch eine fühlbare Verminderung der hohen Arbeitslosigkeit zu erwarten wäre. Dieser Effekt wird in seinem vollen Umfang nur erreicht werden, wenn die finanzpolitischen Instanzen bereit sind, die zunächst entstehenden hohen zusätzlichen Finanzierungsdefizite zumindest in dem Umfang hinzunehmen, in dem sie nicht durch Subventionsabbau und die Beseitigung ungerechtfertigter Steuervergünstigungen reduziert werden können. Eine Beschneidung anderer Ausgabenarten mit dem Ziel, „Refinanzierung“ der Steuerausfälle zu finden, würde die von der Steuersenkung ausgehenden Anstöße dämpfen. Dies könnte sogar dazu führen, daß es nicht zu dem prognostizierten Anstieg der öffentlichen Investitionen, insbesondere im kommunalen Bereich, kommt und die Misere der Bauwirtschaft noch weiter verschärft wird.

Das DIW sieht sich zu dieser Warnung vor allem deshalb veranlaßt, weil es die Ursache für die langanhaltende wirtschaftliche Schwäche und die hohe Arbeitslosigkeit stärker als die anderen Institute in dem zu restriktiven Kurs vor allem der Finanzpolitik in den letzten Jahren und nicht in ungenügender Lohnzurückhaltung sieht. Auch die Bedeutung von Schutzrechten der Arbeitnehmer zur Erklärung der Arbeitslosigkeit ist wohl nicht so groß, wie es in der Mehrheitsmeinung zum Ausdruck kommt. Das DIW befürwortet keineswegs eine expansive Lohnpolitik als Mittel zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwäche; in nachhaltiger Tariflohnzurückhaltung sieht es jedoch nicht nur die erwünschten Effekte für Preisstabilität und Unternehmensgewinne, sondern auch die unerwünschten für die Endnachfrage.

### Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für das Jahr 1985

	1983 <sup>1)</sup>	1984 <sup>1)</sup>	1985 <sup>2)</sup>	1984 <sup>1)</sup>		1985 <sup>2)</sup>	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>1. Entstehung des Sozialprodukts</b> Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	-1,6	-0,2	0	-0,3	-0,1	0	0,5
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	-0,1	0,1	-0,5	-0,3	0,5	-0	-1
Arbeitstage 3)	0,1	-0,2	-0,5	0,4	-0,8	-1	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,6	-0,3	-0,5	-0,2	-0,5	-1	-0,5
Produktivität 4)	2,7	2,9	3	2,5	3,3	3,5	2,5
<b>Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976</b>	<b>1,0</b>	<b>2,6</b>	<b>2,5</b>	<b>2,3</b>	<b>2,8</b>	<b>2,5</b>	<b>2</b>
<b>2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen</b> a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	947,3	978,1	1 016,5	475,3	502,8	491,5	525
Staatsverbrauch	335,7	349,8	365,5	161,3	188,5	169,5	196,5
Anlageinvestitionen	346,5	357,5	366	161,2	196,2	164,5	201,5
Ausrüstungen	137,6	140,2	153	61,5	78,7	68,5	84,5
Bauten	209,0	217,3	213	99,7	117,6	96	117
Vorratsveränderung	5,6	16,1	14	13,3	2,8	11,5	2,5
Außenbeitrag	38,6	48,5	69	15,1	33,4	28	41
Ausfuhr	540,1	599,9	674	285,5	314,3	323	350,5
Einfuhr	501,6	551,4	605	270,4	280,9	295,5	309,5
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>1 673,7</b>	<b>1 750,0</b>	<b>1 830,5</b>	<b>826,2</b>	<b>923,8</b>	<b>865</b>	<b>966</b>
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,1	3,2	4	3,6	2,9	3,5	4,5
Staatsverbrauch	3,0	4,2	4,5	4,1	4,3	5	4
Anlageinvestitionen	4,8	3,2	2,5	3,3	3,0	2	2,5
Ausrüstungen	8,5	1,9	9	-1,1	4,4	11,5	7,5
Bauten	2,5	4,0	-2	6,3	2,1	-3,5	-0,5
Ausfuhr	0,2	11,1	12,5	8,5	13,5	13	11,5
Einfuhr	0,1	9,9	9,5	11,4	8,5	9	10
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>4,6</b>	<b>4,6</b>	<b>4,5</b>	<b>4,3</b>	<b>4,8</b>	<b>4,5</b>	<b>4,5</b>
<b>3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1976</b> a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	706,3	710,6	719	347,6	362,9	350	369
Staatsverbrauch	249,5	254,5	258,5	123,7	130,9	126	132,5
Anlageinvestitionen	256,5	259,7	262,5	117,4	142,3	119	144
Ausrüstungen	109,5	109,9	117,5	48,5	61,4	53	64,5
Bauten	147,0	149,8	145	68,9	81,0	65,5	79,5
Vorratsveränderung	4,3	12,6	10,5	10,6	2,0	8,5	2
Außenbeitrag	50,1	62,3	79,5	24,6	37,7	36	43,5
Ausfuhr	417,4	450,5	488	216,2	234,3	236,5	252
Einfuhr	367,3	388,2	408,5	191,6	196,6	200	208
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>1 266,6</b>	<b>1 299,7</b>	<b>1 330</b>	<b>623,9</b>	<b>675,8</b>	<b>639,5</b>	<b>690,5</b>
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	1,1	0,6	1	0,6	0,6	0,5	1,5
Staatsverbrauch	0,2	2,0	1,5	1,3	2,7	2	1,5
Anlageinvestitionen	3,1	1,3	1	0,8	1,6	1	1
Ausrüstungen	6,1	0,4	7	-2,6	2,8	9,5	5
Bauten	0,9	1,9	-3	3,4	0,7	-4,5	-2
Ausfuhr	-1,3	7,9	8,5	5,6	10,2	9,5	7,5
Einfuhr	0,5	5,7	5	6,8	4,6	4,5	6
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>1,3</b>	<b>2,6</b>	<b>2,5</b>	<b>2,3</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>2</b>

**noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

	1983 <sup>1)</sup>	1984 <sup>1)</sup>	1985 <sup>2)</sup>	1984 <sup>1)</sup>		1985 <sup>2)</sup>	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100)</b> Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	2,9	2,6	2,5	3,0	2,3	2,5	2,5
Staatsverbrauch	2,8	2,2	3	2,8	1,5	3	2,5
Anlageinvestitionen	1,7	1,9	1	2,5	1,4	1	1,5
Ausrüstungen	2,3	1,5	2	1,5	1,5	2	2
Bauten	1,6	2,0	1	2,8	1,4	1	1,5
Ausfuhr	1,5	2,9	3,5	2,7	3,0	3,5	4
Einfuhr	-0,4	4,0	4,5	4,3	3,7	4,5	4
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>3,2</b>	<b>1,9</b>	<b>2</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>	<b>2</b>	<b>2,5</b>
<b>5. Einkommensentstehung und -verteilung</b> a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	919,8	947,0	987	446,8	500,3	461,5	525,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	743,7	764,2	793,5	360,5	403,7	371,5	422,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	511,7	519,1	532,5	247,5	271,6	253	279,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	360,8	393,7	416,5	178,6	215,1	193,5	223
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	299,3	327,3	349	146,7	180,6	161	188
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen <sup>5)</sup>	279,6	305,5	329	145,7	159,9	160,5	168
Nichtentnommene Gewinne	19,7	21,7	20	1,0	20,7	0,5	19,5
Volkseinkommen	1 280,6	1 340,7	1 404	625,3	715,3	655	748,5
Abschreibungen	210,6	220,5	230,5	109,1	111,4	114	116,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	182,5	188,8	196	91,7	97,1	95,5	100,5
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>1 673,7</b>	<b>1 750,0</b>	<b>1 830,5</b>	<b>826,2</b>	<b>923,8</b>	<b>865</b>	<b>966</b>
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,1	3,0	4	3,1	2,8	3,5	5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1,6	2,8	4	3,1	2,5	3	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,7	1,4	2,5	1,6	1,3	2	3
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,5	3,1	3,5	3,5	2,7	3	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	2,6	1,7	2,5	2,0	1,5	2	2,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	10,5	9,1	6	5,8	12,0	8,5	4
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	13,1	9,3	6,5	4,8	13,3	9,5	4
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen <sup>5)</sup>	3,0	9,3	7,5	5,0	13,5	10	5
Volkseinkommen	4,4	4,7	4,5	3,9	5,4	5	4,5
Abschreibungen	5,1	4,7	4,5	5,1	4,3	4,5	4,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	5,9	3,5	4	6,8	0,5	4	3,5
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>4,6</b>	<b>4,6</b>	<b>4,5</b>	<b>4,3</b>	<b>4,8</b>	<b>4,5</b>	<b>4,5</b>
<b>6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte</b> a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	511,7	519,1	532,5	247,5	271,6	253	279,5
Empfangene laufende Übertragungen <sup>6)</sup>	289,4	292,6	301	146,3	146,4	149,5	151,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	317,6	344,8	369	167,1	177,8	180,5	188,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,2	17,4	17,5	8,7	8,7	8,5	8,5
Geleistete laufende Übertragungen <sup>7)</sup>	32,2	34,0	36	15,9	18,1	17	19
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1 068,2</b>	<b>1 105,1</b>	<b>1 149,5</b>	<b>536,2</b>	<b>568,9</b>	<b>558</b>	<b>591,5</b>
Privater Verbrauch	947,3	978,1	1 016,5	475,3	502,8	491,5	525
Ersparnis	120,9	127,0	133,5	60,9	66,1	66,5	67
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,3	11,5	11,5	11,4	11,6	12	11,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1983 <sup>1)</sup>	1984 <sup>1)</sup>	1985 <sup>2)</sup>	1984 <sup>1)</sup>		1985 <sup>2)</sup>	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,7	1,4	2,5	1,6	1,3	2	3
Empfangene laufende Übertragungen 6)	2,4	1,1	3	1,4	0,9	2,5	3,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	4,2	8,6	7	7,6	9,5	8	6
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2,3</b>	<b>3,4</b>	<b>4</b>	<b>3,4</b>	<b>3,5</b>	<b>4</b>	<b>4</b>
Privater Verbrauch	4,1	3,2	4	3,6	2,9	3,5	4,5
Ersparnis	-9,7	5,0	5	1,7	8,3	9	1,5
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>8)</sup></b>							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	414,7	439,0	459	206,4	232,7	214	244,5
Sozialbeiträge	289,9	302,9	319,5	143,1	159,8	150	169,5
Erwerbseinkünfte	30,4	30,5	32	15,7	14,8	18	14
Sonstige laufende Übertragungen	19,9	21,3	22,5	10,0	11,3	10,5	12
Empfangene Vermögensübertragungen	6,3	5,9	5,5	2,8	3,1	2,5	3
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>761,1</b>	<b>799,5</b>	<b>838,5</b>	<b>377,9</b>	<b>421,6</b>	<b>395</b>	<b>443</b>
Ausgaben							
Staatsverbrauch	335,7	349,8	365,5	161,3	188,5	169,5	196,5
Zinsen	50,1	52,3	55	28,4	23,9	29,5	25
Laufende Übertragungen an	356,8	370,8	381	182,4	188,4	187	194,5
Private Haushalte	295,1	299,6	307	150,2	149,5	153,5	153,5
Unternehmen	35,5	40,8	42	17,6	23,2	18	24
Ausland	26,2	30,4	32	14,7	15,7	15,5	16,5
Geleistete Vermögensübertragungen	32,4	35,4	32,5	15,4	20,0	14	18,5
Nettoinvestitionen	32,4	32,1	33	12,6	19,5	12,5	20,5
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>807,4</b>	<b>840,4</b>	<b>867,5</b>	<b>400,1</b>	<b>440,4</b>	<b>412,5</b>	<b>455</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-46,3</b>	<b>-40,9</b>	<b>-29</b>	<b>-22,2</b>	<b>-18,8</b>	<b>-17</b>	<b>-11,5</b>
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	4,9	5,9	4,5	8,1	4,0	4	5
Sozialbeiträge	1,9	4,5	5,5	3,8	5,1	4,5	6
Erwerbseinkünfte	0,5	0,4	4,5	-22,7	47,4	15	-6
Sonstige laufende Übertragungen	21,8	6,9	5,5	6,5	7,2	5,5	5,5
Empfangene Vermögensübertragungen	1,0	-6,7	-4,5	0,0	-12,0	-6	-2,5
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>3,9</b>	<b>5,0</b>	<b>5</b>	<b>4,6</b>	<b>5,4</b>	<b>4,5</b>	<b>5</b>
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,0	4,2	4,5	4,1	4,3	5	4
Zinsen	13,9	4,4	4,5	3,1	5,9	4,5	5,5
Laufende Übertragungen an	2,2	3,9	3	3,4	4,4	2,5	3
Private Haushalte	1,3	1,5	2,5	1,7	1,4	2	2,5
Unternehmen	7,0	15,1	3	13,3	16,4	2	3,5
Ausland	6,1	15,9	6	11,9	19,8	6	6,5
Geleistete Vermögensübertragungen	2,5	9,3	-8	8,0	10,2	-7,5	-8,5
Nettoinvestitionen	-11,3	-1,1	3	-4,4	1,1	-0	5,5
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>2,6</b>	<b>4,1</b>	<b>3</b>	<b>3,6</b>	<b>4,5</b>	<b>3</b>	<b>3,5</b>

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1985); Arbeitszeit und Produktivität nach eigenen Berechnungen; Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. - 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute; Angaben gerundet. - 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. - 4) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976 je Erwerbstätigenstunde. - 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. - 6) Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen und der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. - 7) Nichtzurechenbare Steuern, Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. - 8) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp  
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,  
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.  
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.  
Zuzüglich Versandkosten.